

Der Vertrag von Lissabon

Die Europäische Union (EU) mit ihren 27 Mitgliedstaaten arbeitet immer noch mit einem für 15 Mitglieder entworfenen System. Themen, die alle betreffen, wie Klimawandel, Energiesicherheit oder Terrorismus, sollen auch auf EU-Ebene behandelt werden. Der im Dezember 2009 in Kraft getretene Reformvertrag von Lissabon soll die EU handlungsfähiger und demokratischer machen und dazu beitragen, sämtliche Mitgliedstaaten stärker zu integrieren.

Der Weg zum Vertrag von Lissabon

2005	Franzosen und Niederländer lehnen den Vertrag über eine Verfassung für Europa in Volksabstimmungen ab.
19. Oktober 2007	EU-Staats- und Regierungschefs erzielen grundsätzlich Einigkeit über ein neues EU-Vertragswerk.
19. Oktober 2007	Die EU-Staats- und Regierungschefs beschließen, statt einer Verfassung einen Reformvertrag zu vereinbaren und unterzeichnen den „Vertrag von Lissabon“.
12. Juni 2008	Die irische Bevölkerung entscheidet sich in einem Referendum gegen die Ratifizierung des neuen Reformvertrags.
11./12. Dezember 2008	Die EU-Staats- und Regierungschefs einigen sich über die Forderungen Irlands.
April 2009	Der tschechische Präsident verweigert zunächst seine Unterschrift und lässt prüfen, ob der Vertrag mit der Verfassung des Landes vereinbar sei.
3. Oktober 2009	Eine Mehrheit der Iren stimmt in einem zweiten Referendum für den Vertrag.
3. November 2009	Das tschechische Verfassungsgericht weist die Klage von 17 Senatoren gegen den Vertrag ab.
1. Dezember 2009	Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft.

Einzelarbeit: Fassen Sie in wenigen Worten zusammen, welche Hindernisse es auf dem Weg zu einem Reformvertrag für die EU gegeben hat.

Die neuen Ämter

Mit dem Vertrag von Lissabon wurden zwei neue Ämter geschaffen: das Amt des Präsidenten des Europäischen Rats, der nun nicht mehr jedes halbe Jahr wechselt, und das Amt des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Der erste ständige Ratspräsident ist der belgische Ministerpräsident Herman Van Rompuy. Er wurde für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren gewählt und kann einmal wiedergewählt werden. Das Amt des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik hat die britische Politikerin Catherine Ashton übernommen. Sie ist zugleich Vizepräsidentin der EU-Kommission und soll für eine einheitliche Linie in der EU-Außenpolitik sorgen. Die EU soll mit diesen zwei neuen Ämtern nach außen mehr Gewicht und ein schärferes Profil bekommen.

Partnerarbeit/Plenum: Erarbeiten Sie Hintergrundinformationen zu den einzelnen Institutionen der Europäischen Union. Erläutern Sie, welche Neuerungen es gibt und inwiefern sie für mehr Demokratie sorgen. Nutzen Sie dafür zum Beispiel die Informationen der Europäischen Kommission im Internet unter http://europa.eu/lisbon_treaty (deutsch) > Der Vertrag auf einen Blick.

Neue politische Strategien

Sicherheit und Verteidigung:
 „Bei der Bestimmung der Rolle der EU in der Welt geht der Vertrag auch auf die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein, die zum untrennbaren Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erklärt wird. Dazu gehört ebenfalls eine ‚Solidaritätsklausel‘, wonach gemeinsames Handeln der Union und der Mitgliedstaaten gefordert wird, falls ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag betroffen ist.“

Humanitäre Hilfe:
 „Mit dem neuen Vertrag wird erstmals eine spezielle rechtliche Grundlage für humanitäre Hilfe und für die Möglichkeit geschaffen, ein Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe einzurichten.“

Entwicklungszusammenarbeit:
 „Im Vertrag von Lissabon heißt es unmissverständlich, dass die Verringerung und schließlich die Beseitigung der Armut das Hauptziel der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union sind. (...) Bei dringend benötigten Finanzhilfen wird der Rat künftig mit qualifizierter Mehrheit über Vorschläge der Kommission abstimmen. So sollen Finanzhilfen in Zukunft schneller fließen können.“

(Quelle: http://europa.eu/lisbon_treaty (deutsch) > Der Vertrag auf einen Blick)

Plenum: Erklären Sie, warum gerade bei diesen Aspekten eine stärkere Zusammenarbeit sinnvoll ist. Erläutern Sie, was dies für den Zusammenhalt und die Außenwirkung der EU bedeuten kann.

Die Institutionen der Europäischen Union

